

Wenig Begeisterung für Liestals Idee

Eine bessere Verteilung der Sozialhilfekosten scheint derzeit kaum mehrheitsfähig

Von Thomas Gubler

Liestal. Irgendwann wird es auch für Liestal zu viel. Seit Jahren zeigen die Fallzahlen bei der Sozialhilfe und damit die Sozialhilfekosten im Kantonshauptort nur noch in eine Richtung: nach oben. Von 320 im Jahr 2010 stieg die Fallzahl bis 2013 um mehr als 25 Prozent auf 410. Grund genug für die beiden Einwohnerratsmitglieder Lisette Kaufmann (Grüne) und Patrick Mägli (SP), etwas zu unternehmen.

Mit einer Motion wollten die beiden den Stadtrat verpflichten, eine Gemeindeinitiative anzuschleichen, um die Kosten der Sozialhilfe gerechter auf die Gemeinden zu verteilen. Eine Gemeinde mit vielen Sozialfällen sollte nicht einfach «Pech» gehabt haben, während anders strukturierte und besser situierte Kommunen sich um deren Last sozusagen foutieren können.

Zwar wurde die Motion in ein Postulat umgewandelt, die Forderung nach mehr Solidarität unter den Gemeinden steht aber dennoch wieder im Raum. Das Anliegen ist nicht neu. Neu ist hingegen, dass eine grosse Gemeinde ernsthaft Druck zu machen versucht. Bemerkenswert ist zudem, dass praktisch alle Fraktionen, von der SP bis zur SVP, hinter dem Anliegen standen. Dabei vermochte vor allem Patrick Mägli Argumente zu überzeugen, dass es in erster Linie der günstige Wohnraum in Liestal sei, der die Fallzahlen nach oben treibe, dass es diesen günstigen Wohnraum aber brauche.

Thema für die Tagsatzung

In anderen Gemeinden, vor allen in wohlhabenden, stösst das Liestaler Anliegen verständlicherweise nicht auf Sympathie. Der Binninger Gemeindepräsident Mike Keller (FDP) signalisiert zwar Verständnis für die Situation Liestals, lässt aber den günstigen Wohnraum als Argument nicht gelten. «Was wir jeweils brauchen, ist eine gut durchmischte Gesellschaft. Auch Liestal muss sich Gedanken darüber machen, wie man sich dieser Herausforderung stellt», sagt Keller. Klar ist für ihn auch, dass sich Liestals Problem nicht mit einer Gemeindeinitiative lösen lässt. «Mehr Solidarität lässt sich nur im



Günstiger Wohnraum. Quartiere wie die Liestaler Weihermattstrasse bergen sozialpolitischen Zündstoff. Foto Florian Bärtschiger

gemeinsamen Gespräch, etwa im Rahmen der Tagsatzung erreichen», meint der Binninger Gemeindepräsident. Womit er bei Liestals Stadtpräsident Lukas Ott (Grüne) sogar auf Verständnis stossen könnte. Denn dieser setzte sich für die Umwandlung in ein Postulat ein, um bei der Umsetzung des Anliegens nicht auf das Mittel der Gemeindeinitiative fixiert zu werden.

«Nicht besonders gut», findet die Idee auch der Präsident der Liestaler Nachbargemeinde Seltisberg, Bernhard Zollinger. Klar weise die Gemeinde Seltisberg, in der es kaum Mietwohnungen gibt, eine ganz andere Struktur auf als Liestal. Die Sozialhilfekosten fielen hier aber einfach in anderer Form an. «In Seltisberg gibt es ein Kinderheim, dessen Bewohner das Schulbudget der

Gemeinde zusätzlich belasten», sagt Bernhard Zollinger.

Die verstärkte Solidarität unter den Gemeinden wurde bereits vor gut zwei Jahren vom Laufentaler SP-Landrat Andreas Giger im Zusammenhang mit den Sozialhilfelasten der Gemeinde Grellingen mittels Postulat thematisiert. Der Vorstoss wurde überwiesen und abgeschrieben. Die Regierung hatte zuvor auf Verordnungsebene gewisse Anpassungen bei der Sonderlastenabgeltung Sozialhilfe im Bereich des Finanzausgleichs vorgenommen. So wurde beispielsweise der Indikator «Ausländer ausserhalb der EU» durch «Ausländer mit einer überdurchschnittlichen Sozialhilfequote» ersetzt. Inzwischen ist aber ein weiterer Vorstoss von Giger hängig, nämlich eine Motion

zwecks Änderung des Finanzausgleichs bei den Sozialhilfekosten. Er verlangt dabei Ähnliches wie Liestal, «dass die bei den Gemeinden anfallenden Sozialhilfekosten jeweils im Verhältnis der Einwohnerzahl unter den Gemeinden verteilt werden».

Diese Motion wurde im Kantonsparlament noch nicht behandelt. Und es scheint, dass der Zug für diese, wie auch für den Vorstoss aus Liestal, zumindest vorerst einmal abgefahren ist. Michael Bertschi von der Abteilung Gemeindefinanzen erklärt jedenfalls, dass diese Vorstösse in der laufenden Revision des Finanzausgleichs seitens der Finanzdirektion «keine Berücksichtigung mehr finden werden». Die entsprechende Vorlage wurde nämlich am 23. April dem Landrat zugeleitet.

CVP unterstützt Christoph Buser

Parteitag in Münchenstein

Münchenstein. Jetzt ist der bürgerliche Schulterschluss bei den Ständeratswahlen vom 18. Oktober definitiv: Gestern Abend hat die Basis der CVP ihren Segen zur gemeinsamen Ständeratskandidatur von SVP, FDP und CVP gegeben. Am Parteitag in Münchenstein beschloss die CVP, FDP-Landrat Christoph Buser, Direktor der Wirtschaftskammer Baselland, bei der Kandidatur zu unterstützen. Die Wahlempfehlung erfolgte per Akklamation. Parteipräsident Marc Scherrer trat engagiert dafür ein, dass das bürgerliche Baselbiet in der kleinen Kammer auch durch einen bürgerlichen Ständerat vertreten wird. Buser tritt im Herbst gegen den 67-jährigen Ständerat Claude Janiak (SP) an.

Busers Unterstützung ging nicht ohne Nebengeräusche über die Bühne. Remo Oser, Gemeindepräsident von Röschenz, stellte den Antrag auf geheime Abstimmung, unterlag aber deutlich. Nur elf Mitglieder unterstützten ihn. Osers Zusatzantrag, auf eine finanzielle Unterstützung durch die Wirtschaftskammer im Wahlkampf zu verzichten, wurde klar abgelehnt. td

Nachrichten

Kantonsarchitekt kehrt Baselbiet den Rücken

Liestal. Kantonsarchitekt Thomas Jung verlässt die Bau- und Umweltschutzdirektion (BUD) per Ende Oktober auf eigenen Wunsch. Der Zürcher sucht eine neue Herausforderung. Jung hat das Hochbauamt seit April 2012 geleitet. Er hat das Strafjustizzentrum in Muttenz sowie die Sanierung des Gymnasiums Liestal und den Neubau der Sporthallen fertiggestellt. In Liestal entwickelt Jung zurzeit den zentralen Verwaltungsneubau im Bahnhofsareal. Wettbewerb und Quartierplan werden laut Baudirektion noch im laufenden Jahr durchgeführt.

Regierung sagt Schwarzarbeit Kampf an

Liestal. Der Regierungsrat will Schwarzarbeit im Kanton Baselland vorbeugend bekämpfen. Zu diesem Zweck wurden die Aufgaben der Vollzugsbehörde über die Strafverfolgung hinaus erweitert. Die neue Strategie überwacht präventiv die Entrichtung der Steuern und Sozialabgaben, pocht auf fairen Wettbewerb und auf die Eindämmung von Sozialbetrug.

Esther Maag kandidiert nicht für den Ständerat

Birsfelden. Die ehemalige grüne Landrätin Esther Maag kandidiert doch nicht für die Grünen-Unabhängigen für den Ständerat. «Nach reiflicher Überlegung» sei Esther Maag zu diesem Entschluss gekommen, teilt die Partei mit. Zwar hätte der Vorstand ihre Kandidatur «vollumfänglich» unterstützt – die Chance auf einen Erfolg gegen Amtsinhaber Claude Janiak (SP) wäre aber «zu klein» gewesen, so die Partei.

100 000 Franken für Erdbebenopfer in Nepal

Liestal. Die Baselbieter Regierung hat in ihrer gestrigen Sitzung beschlossen, aus dem Swisslos-Fonds insgesamt 100 000 Franken für die Opfer des Erdbebens in Nepal zu spenden. 50 000 Franken gehen an das Hilfswerk Helvetas, weitere 50 000 Franken an Shanti Med Nepal, ein privates Hilfswerk der Liestaler Ärztin Ruth Gonseth. Diese leistet seit 2007 jährlich mehrmonatige Hilfeinsätze in Nepal.

Präventionsaktion der Polizei in Bubendorf

Bubendorf. Morgen Donnerstag, 7. Mai, findet im Migros-Markt in Bubendorf von 10 Uhr bis 15 Uhr eine Präventionsaktion der Polizei Basel-Landschaft statt. Die Polizei Bubendorf und die Präventionsstelle der Baselbieter Polizei geben Besuchern Auskunft zu Themen wie Trickdiebstahl und Vorbeugung gegen Einbrüche.

Pro

Wettbewerb am falschen Ort

Von Thomas Gubler



Was macht eigentlich Liestal so falsch, dass seine Sozialhilfekosten zunehmend aus dem Ruder laufen? Und was Seltisberg oder Pfeffingen so viel

besser, dass die Sozialhilfe dort kein Thema ist, weil beide Gemeinden kaum Bezüger haben?

Richtig, gar nichts. Denn ein Kantonshauptort, der nur noch aus Villen und Luxuswohnungen besteht, ist unvorstellbar. Jeder grössere Ort mit Zentrumsfunktion braucht mindestens ein Quartier mit relativ günstigem Wohnraum, wie dies beispielsweise die Fraumatt ist. Von Seltisberg wiederum kann man nicht erwarten, dass die Gemeinde plötzlich Voraussetzungen schafft, damit dort Mehrfamilienhäuser mit günstigen Wohnungen gebaut werden.

Dadurch aber sind der Forderung nach einer guten Durchmischung einer kommunalen Gesellschaft von vornherein Grenzen gesetzt. Es gibt sie nun mal, die finanzstarken Gemeinden mit schönen Wohnlagen für gute Steuerzahler. Und es soll sie weiterhin geben können, denn

Umsiedlungen sind hierzulande glücklicherweise keine Option. Das wiederum kann aber nicht heissen, dass sich die reichen Gemeinden um das Schicksal des armen Nachbarn foutieren dürfen. Etwas mehr Solidarität, als dies heute mit dem Lastenausgleich für Sozialhilfe der Fall ist, ist angebracht und zumutbar. Wer schon unter einem hohen Gemeindesteuersatz leidet und daher für gut situierte Steuerzahler unattraktiv ist, braucht nicht zusätzlich noch mit hohen Sozialhilfekosten bestraft zu werden. Der Steuerwettbewerb reicht vollständig. Es braucht keinen zusätzlichen Sozialhilfewettbewerb, zumal sich diese Kosten von den Gemeinden kaum steuern lassen. Eine weitere Akzentuierung der Zweiklassengesellschaft unter den Gemeinden wäre dem Zusammenhalt dieses Kantons sicher nicht zuträglich.

Mit linken Träumereien hat die Forderung nach mehr Solidarität unter den Baselbieter Gemeinden nichts zu tun, dafür sehr viel mit staatspolitischer Verantwortung. Wie sonst hätte sich eine Liestaler FDP oder SVP für ein Anliegen aussprechen können, das im Übrigen in zahlreichen Schweizer Kantonen bereits erfolgreich praktiziert wird. thomas.gubler@baz.ch

Contra

Anreiz für steigende Ausgaben

Von Daniel Wahl



Von einer Gemeinde wie Liestal mit ihren leeren Kassen und hohen Steuersätzen ist vermutlich keine andere Idee zu erwarten, als dass sie ihre

Sozialhilfekasse mit dem Vermögen der anderen Gemeinden zu füllen versucht. Solidarität könnte man es nennen. Es gibt auch einen anderen Ausdruck dafür: Raubzug beim Nachbarn. Dies, um das jetzige System, das zu explodierenden Sozialhilfekosten geführt hat, nicht antasten zu müssen und munter weiter finanzieren zu können. Mit der Einführung der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde (Kesb) sind die Kosten im Sozialhilfwesen aus dem Ruder gelaufen. Diese Institution alleine dafür verantwortlich zu machen, wäre zu billig. Ein ganzes Heer von Juristen und Experten, von Lehrern, die inzwischen auch Lappalien melden, füttert unser Sozialhilfesystem mit neu konstruierten Fällen. Und die Sozialhilfe-Profis in den Ämtern sind angestellt, um Fälle zu erledigen und nicht um zu sparen. Der grosse Systemfehler dabei: Wer

Sozialleistungen bestellt, muss nicht budgetieren und sie nicht bezahlen. Die Kosten für ihre oft umstrittenen Entscheide dürfen sie blindlings den Gemeinden wie Liestal aufbürden. An diesem System mit diesen eklatanten Fehlanreizen soll nach den Vorstellungen von Liestal nicht gerüttelt werden. Selbst nach dem Aufschrei nach dem grotesken Fall Hagenbuch (ZH), wo eine einzige Familie Sozialhilfeleistungen in der Höhe von monatlich 60 000 Franken bezog, nicht. Vielmehr möchte Liestal solche Kosten einfach verteilen, damit Ruhe einkehre. Denn ehrlich: Wer muckt überhaupt noch auf, wenn alle an diesem Fehlsystem partizipieren?

Zum Einmaleins einer guten Führung gehört der Leitsatz: Geteilte Verantwortung ist keine Verantwortung. Wer die Finanzierung der überbordenden Sozialhilfe in der Schweiz verteilt, verteilt auch die finanzielle Verantwortung dafür. Die Folge wird sein: Die Kosten steigen munter weiter. Keiner Gemeinde werden die Kosten wehtun, wenn die Kassen solidarisch gefüllt werden. Im Kanton Solothurn, wo Gemeinden dieses Umverteilungssystem eingeführt haben, funktioniert es gut, heisst es. Tatsächlich: Niemand klagt. Die Rechnung ist tiefrot. daniel.wahl@baz.ch